

Das (beabsichtigte) Missverständnis –

Warum eine Studie des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung zur Kriminalitätsentwicklung irreführend ist



Dominic Kudlacek,
Dipl.-Soz., Professor Dr.
Thomas Feltes M. A.,
Lehrstuhl für Kriminologie,
Kriminalpolitik und
Polizeiwissenschaft,
Universität Bochum

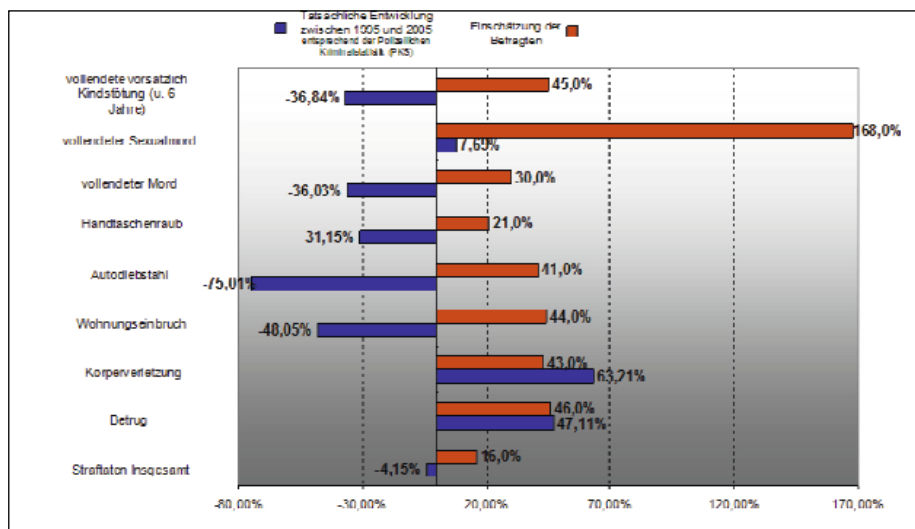
Eine Untersuchung¹ über die Folgen von milden und harten Strafen hat für Aufsehen gesorgt. In den Medien wurde darüber berichtet, dass das renommierte Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mithilfe statistischer Analysen bewiesen habe, dass

milde Bestrafung zu mehr Kriminalität führt und zugleich erhebliche Mehrkosten für die Allgemeinheit verursacht. Eine nähere Auseinandersetzung mit der Untersuchung ergibt jedoch ein anderes Bild: Die Studie ergibt keinesfalls, dass hartes Bestrafen sinnvoll sei. Darüber hinaus kann an der Beweisführung der Untersuchung insgesamt erheblich gezweifelt werden.

■ Ist Wissenschaft immer ehrlich und seriös?

Hinter spektakulären Untersuchungsergebnissen oder der Schilderung sensationeller Entwicklungen verbergen sich zuweilen unseriöse Berichterstattungen, fehlerhafte Interpretationen oder mangelhafte Daten. Offensichtliche Fälschungen werden eher selten bekannt.² Stattdessen erfolgen Manipulationen meist durch politische Fehlinterpretationen oder dadurch, dass Untersuchungen ganz verhindert oder bestimmte Ergebnisse nicht veröffentlicht werden. Derartige Beeinflussungen werden selten skandalisiert, wie 2003 in den USA³ und in Deutschland zuletzt im Zusammenhang mit der finanziellen Abwicklung eines DFG-Projektes über tropische Regenwälder durch Forscher der Universität Göttingen.⁴

Weniger spektakulär, aber kriminologisch einschlägiger, ist da der Fall aus Hamburg. Dort war der Strafverfolgungsstatistik zwischen 2002 und 2007 zu entnehmen, dass sich der Anteil der Jugendlichen, die zu einer Haftstrafe verurteilt wurden, die nicht zur Bewährung ausgesetzt wurde, innerhalb eines Jahres von 32 Prozent auf 70 Prozent mehr als verdoppelt hatte. Eine bisher einmalige Entwicklung in der Bundesrepublik, die als Zeichen dafür interpretiert wurde, dass der neue, harte Kurs der Hamburger Innenpolitik nun auch von Richtern und Staatsanwälten gefahren wird. Da härteres und abschreckendes Durchgreifen gegen Straftäter in der Öffentlichkeit generell auf große Zustimmung stößt, dauerte es nicht lange, bis sich die zuständigen Ministerien und andere politische Akteure mit dieser Veränderung brüsteten. Als sich die Ergeb-



Entwicklung des Kriminalitätsaufkommens zwischen 1995 und 2005 sowie die Einschätzung der Bevölkerung entsprechend der Befunde von Windzio et al. 2007.

Eigene Darstellung; Datenquelle: Windzio et al. (2007:20)



1 nisse der Statistik Ende 2007 als Interpreta-
 2 tion falscher Daten entpuppten, war die
 3 Überraschung groß. Nicht nur über den Fehler
 4 selbst, sondern über den Umstand, wie
 5 lange er bei erfahrenen Praktikern, spezia-
 6 lisierten Wissenschaftlern und seriösen Jour-
 7 nalisten unerkannt bleiben konnte. Die Ur-
 8 sachen hierfür sind wie immer vielfältig und
 9 bedürfen einer spezifischen Analyse. Zent-
 10 ral mag dabei jedoch ein Umstand gewe-
 11 sen sein: Unser Verhältnis zu Zahlen und
 12 Statistik.

13 14 ■ Kollektive Zahlengläubigkeit und 15 „kollektive Zahlenblindheit“

16 Wer mit Fakten argumentiert und mit Zah-
 17 len „beweisen“ kann, dem wird nicht nur
 18 zugehört, sondern meist auch ohne Weite-
 19 res geglaubt – oder es wird pauschal auf den
 20 Satz: „Glaube nur der Statistik, die du selbst
 21 gefälscht hast“⁵ verwiesen. Sobald „mathe-
 22 matische Beweise“ und „statistische Absi-
 23 cherungen“ existieren, bedarf es, so glauben
 24 manche, keiner weiteren Überprüfung.
 25 Mögliche Zweifel, die der gesunde Men-
 26 schenverstand aufkommen lassen könnte,
 27 lassen sich ohne Weiteres beiseiteschieben.
 28 Zahlen sprechen schließlich für sich selbst.

29 Dieses Phänomen, das als Zahlengläubig-
 30 keit und „kollektive Zahlenblindheit“ be-
 31 zeichnet werden kann, ist mittlerweile selbst
 32 Gegenstand der Forschung. So hat das Max
 33 Planck Institut für Bildungsforschung in Ber-
 34 lin das Harding Center for Risk Literacy ein-
 35 gerichtet, um sich mit den Ursachen dieses
 36 Phänomens genauer zu beschäftigen. Die-
 37 ser Schritt erscheint in Anbetracht der Fol-
 38 gen, die fehlerhaft interpretierte Daten zu-
 39 weilen nach sich ziehen, ausgesprochen
 40 sinnvoll.

41
 42 Gerd Gigerenzer hat in einem Interview mit
 43 dem Spiegel (Anhäuser 2009) in diesem Zu-
 44 sammenhang auf die fatalen Folgen der Pil-
 45 lenpanik verwiesen. 1995 berichtet eine
 46 Gesundheitsbehörde in Großbritannien
 47 über eine Studie, die sich mit eventuellen
 48 Nebenwirkungen von Anti-Baby-Pillen be-
 49 schäftigte. Sensationelles und alarmieren-
 50 des Ergebnis der Untersuchung: Die zweite
 51 Generation von Pillen-Präparaten führte
 52 100 Prozent häufiger zu tödlich verlaufen-
 53 den Thrombosen. Tatsächlich enthielt die
 54 Untersuchung dieses Ergebnis. Worüber je-
 55 doch nicht berichtet wurde, sind die abso-
 56 luten Zahlen, also die Anzahl der Fälle, die
 57 hinter dieser Prozentangabe stehen. Wäh-
 58 rend es bei den alten Präparaten in einem
 59 von 7.000 Fällen zu einer Thrombose kam,
 60 waren es nun zwei von 7.000 Frauen, die
 61



1 an einer Thrombose erkrankten. Tatsächlich
2 handelt es sich hier um eine Steigerung von
3 100 Prozent. Tatsache ist aber auch, dass le-
4 diglich eine einzige Frau mehr erkrankte.
5 Diese Darstellung hätte wahrscheinlich für
6 wenig Aufsehen gesorgt und so wurde nur
7 über die 100-Prozentige Steigerung berich-
8 tet. In der Folge setzten viele Frauen die Pil-
9 le vollständig ab. Dieser Umstand führte al-
10 leine in England und Wales zu 13.000 zu-
11 sätzlichen Abtreibungen innerhalb eines
12 Jahres (Gigerenzer et al. 2008). Der ökonomische Schaden der Fehlinterpretation wird
13 von Gigerenzer et al. (2008: 54) auf ca. 70
14 Millionen US-Dollar beziffert, die schließ-
15 lich zu dem Schluss kommen, dass die Pil-
16 lenpanik nicht nur tausenden von Frauen ge-
17 schadet hat, sondern auch dem Gesund-
18 heitswesen und der Pharmaindustrie. Zu
19 den wenigen Gewinnern der Fehlinterpre-
20 tation zählen Gigerenzer et al. (2008) die
21 Journalisten, die am Tag der Veröffentli-
22 chung eine sensationelle Titelstory hatten.

24 Ein kritischerer Umgang mit den Zahlen und
25 Daten dieser Studie hätte die fehlerhaften
26 Rückschlüsse wahrscheinlich verhindert.
27 Gemeint ist eine simple Auseinanderset-
28 zung mit der Herkunft der Prozentangaben
29 und der Herkunft der Daten insgesamt. Häu-
30 fig sind solche Auseinandersetzungen je-
31 doch unerwünscht. Krämer (2008) weist in
32 seinem Buch „So lügt man mit Statistik“ da-
33 rauf hin, dass es der Polizei in Jena 1994 si-
34 cherlich lieber gewesen wäre, wenn nie-
35 mand danach gefragt hätte, wie denn eine
36 Aufklärungsquote von 104,8 Prozent bei
37 Mord überhaupt entstehen kann.

39 ■ Missverhältnis zwischen subjektivem 40 Empfinden und objektiver Datenlage

41 Eine besonders gefährliche Wirkung kann
42 die Zahlenblindheit im Bereich der Krimi-
43 nologie entfalten. Dieser Umstand mag da-
44 rauf zurückzuführen sein, dass in dieser Dis-
45 ziplin eine erhebliche Diskrepanz zwischen
46 subjektiver Sichtweise und objektiver Fak-
47 tenlage besteht. Anders ausgedrückt: nir-
48 gends in der Wissenschaft ist die Ungleich-
49 heit zwischen dem, was geglaubt und ge-
50 meint wird, und dem was sich wissen-
51 schaftlich beweisen lässt, so groß wie in der
52 Kriminologie. Beispielhaft kann dies am
53 Missverhältnis zwischen der tatsächlichen
54 Entwicklung des Kriminalitätsaufkommens
55 und der subjektiv empfundenen Kriminali-
56 tätsentwicklung illustriert werden.

58 So haben sich die Fälle von Mord (von ca.
59 3.300 in 1997 auf 2.300 Fälle in 2007) und
60 Raubdelikten (von ca. 70.000 auf 53.000)
61

1 insgesamt reduziert. Den fallenden Delikt-
2 zahlen stehen jedoch Ergebnisse von Be-
3 völkerungsbefragungen gegenüber, die
4 nachweisen, dass etwa zwei Drittel der Be-
5 völkerung davon überzeugt sind, das Krimi-
6 nalitätsaufkommen habe in den letzten zehn
7 Jahren zugenommen (vgl. Baier et al. 2009).
8 In Abbildung 1 sind die Ergebnisse einer
9 Untersuchung von Windzio et al. (2007)
10 wiedergegeben, in der die tatsächliche Ent-
11 wicklung des Kriminalitätsaufkommens
12 zwischen 1995 und 2005 mit der von der
13 Bevölkerung vermuteten Entwicklung ver-
14 glichen werden kann.

15 **Abbildung 1:**

16
17 Der Darstellung kann entnommen werden,
18 dass die Häufigkeit von Straftaten meist
19 überschätzt wurde. Während Betrugs- und
20 Körperverletzungsdelikte geringfügig unter-
21 schätzt wurden, zeigt sich eine teilweise er-
22 hebliche Überschätzung bei Autodiebstahl,
23 Wohnungseinbruch, Kindstötungen und Se-
24 xualmorden. Gleichzeitig gibt es Hinweise
25 darauf, dass die Kriminalitätsfurcht seit Mit-
26 te der 1990er-Jahre zurückgegangen ist
27 (Windzio et al. 2007:10 f.), obwohl „ge-
28 fühlt“ die medial vermittelte Angst der Bür-
29 ger angestiegen ist.

30 **■ Das Bedürfnis nach Strafe und Härte**

31
32 Diese Fehleinschätzung, die zuweilen auf
33 die Berichterstattung von (Boulevard-)Me-
34 dien zurückgeführt wird, gilt mitunter als
35 Ursache für den weit verbreiteten Wunsch
36 der Bevölkerung nach härterem und zu-
37 gleich abschreckendem Vorgehen gegenü-
38 ber Straftätern. Umfragen haben ergeben,
39 dass die von den Gerichten verhängten Stra-
40 fen, insbesondere für Körperverletzungsde-
41 likte und Sexualstraftaten in der Öffentlich-
42 keit als zu milde empfunden werden (vgl.
43 Windzio et al. 2007). Dieses Phänomen, das
44 auch als Punitivität bezeichnet wird, fußt
45 keinesfalls auf rationalen Gesichtspunkten.
46 Den Befragten, die angeben, dass die Stra-
47 fen ihrer Meinung nach zu mild sind, ist we-
48 der bekannt, wie hoch sie derzeit sind, noch
49 sind sie sich über die Folgen von härterer
50 Bestrafung bewusst.

51
52 In jahrzehntelanger Forschung wurde mit
53 vielen Untersuchungen mit unterschiedli-
54 chem Vorgehen immer wieder gezeigt, dass
55 harte Bestrafungen keinen Sinn machen, da
56 sie keine geringeren Rückfallwahrschein-
57 lichkeiten nach sich ziehen (vgl. z.B. Heinz
58 2004, 2008). Darüber hinaus wurde bisher
59 kein verlässlicher Beweis erbracht, dass här-
60 tere Strafen eine abschreckende Wirkung
61 auf potenzielle Täter ausüben. Da kaum je-

1 mand eine Straftat begeht, wenn er davon
2 ausgehen würde, ertappt zu werden, kann
3 Letzteres nur wenig überraschen. Ferner
4 bleibt daran zu zweifeln, dass sich Men-
5 schen im Vorfeld einer Deliktbegehung mit
6 dem Strafmaß ihrer Tat auseinandersetzen.
7 Selbst für Wirtschaftsstraftaten, bei denen
8 man noch am ehesten den rational kalku-
9 lierenden Täter vermutet, gibt es Hinweise
10 darauf, dass die Entdeckungswahrschein-
11 lichkeit bei diesen Überlegungen von grö-
12 ßerer Bedeutung ist als die Strafhöhe. Ins-
13 besondere Jugendliche, die als besonders
14 durch Strafe beeinflussbar angesehen wer-
15 den, fragen nicht danach, ob die Richter des
16 für sie zuständigen Gerichtes Strafen häufi-
17 ger zur Bewährung aussetzen oder recher-
18 chieren, ob und wie das Jugendstrafrecht in
19 ihrem eventuellen Fall angewendet werden
20 würde. Bereits 1987 hatte Karl Schumann
21 und andere (1987) Jugendliche nach ihren
22 Straferwartungen und Einschätzungen der
23 tatsächlichen Strafhöhen befragt. Zu-
24 sammenfassend stellen die Autoren (Schu-
25 mann et al. 1987:161) fest, dass sich Ju-
26 gendliche in ihrer Delinquenz nicht von der
27 Schwere der für möglich gehaltenen Strafen,
28 beeinflussen ließen (vgl. hierzu auch Feltes
29 2009: 150 ff. m.w.N.). Während sich die
30 Gefahr von hohen Haftstrafen und das Wis-
31 sen um hartes Durchgreifen von Polizei und
32 Gerichten als eher bedeutungslos erwiesen
33 hat, konnten Wright et. al (2004: 207) zei-
34 gen, dass vielmehr die Angst vor sozialer
35 Sanktionierung durch Familie, Freunde und
36 Arbeitskollegen eine abschreckende Wir-
37 kung ausübt.

38 Auch im Hinblick auf finanzielle Kosten ma-
39 chen harte Strafen keinen Sinn. Eine US-
40 amerikanische Untersuchung von Cohen
41 (2005) ermittelte die Kosten-Nutzen-Bilanz
42 verschiedener Sanktions- und Hilfsmaßnah-
43 men unter Berücksichtigung der Kosten, die
44 eine lebenslange kriminelle Karriere für die
45 Volkswirtschaft nach sich ziehen würde.
46 Dabei zeigte sich, dass jeder Dollar, der für
47 diverse Therapien investiert wird, in der Zu-
48 kunft zwischen acht und 28 US-\$ dadurch
49 einsparen kann, dass die Therapien die
50 Rückfallwahrscheinlichkeit erheblich redu-
51 zieren und eine kriminelle Karriere beenden
52 oder deren Entstehung ganz verhindern kön-
53 nen. Boot-Camps und Strafvollzug weisen
54 hingegen eine negative Bilanz auf. Das
55 heißt; jeder Dollar, der in diese Maßnahmen
56 investiert wird, kostet die Volkswirtschaft
57 später noch mehr Geld, da die Rückfall-
58 wahrscheinlichkeit nicht gesenkt wird. Un-
59 geachtet dieser wissenschaftlichen Ergeb-
60 nisse⁶ bleiben Forderungen nach härteren
61

1 Bestrafungen in der Öffentlichkeit ausge-
2 sprochen populär und werden von politi-
3 schen Akteuren bedient, die entgegen aller
4 Vernunft ihre Law- & Order-Prinzipien dar-
5 stellen möchten.

6 7 ■ **Gefährliche Kombination**

8 Belegt eine Untersuchung auch nur ansatz-
9 weise eine Annahme, die dem subjektiven
10 Empfinden der Bevölkerung entspricht und
11 argumentiert mit Zahlen und Statistiken, auf
12 die sich bestimmte politische Akteure nun
13 berufen können, so ist nicht nur eine idea-
14 le Basis für eine vermeintlich sensationelle
15 Story gegeben, sondern zugleich der ideale
16 Nährboden für übereilte und unreflektierte
17 Meinungen und Maßnahmen gegeben. Ob
18 die Ergebnisse einer solchen Studie in dia-
19 metralem Widerspruch zu allen bisherigen
20 Ergebnissen der Forschung stehen und auf
21 welchem Wege sie zustande gekommen
22 sind, spielt unter solchen Voraussetzungen
23 keine Rolle mehr. Die letzten Zweifler kön-
24 nen nun ohne Weiteres auf die „statistischen
25 Beweise“ und „mathematische Absicherun-
26 gen“ verwiesen werden. Mit einer rationa-
27 len Kriminalpolitik, die auf Wissen basieren
28 muss, hat das nichts mehr zu tun.

29 30 ■ **Die panelökonometrische Studie des 31 DIW über die Kosten von Kriminalität**

32 Eine solche unglückliche Konstellation liegt
33 auch im Fall der Berichterstattung über die
34 Studie des DIW vor, die ein interessantes Er-
35 gebnis erbrachte: „Demnach würde eine
36 permanente Erhöhung aller Strafverfol-
37 gungsindikatoren um zehn Prozent zu ei-
38 nem jährlichen Rückgang der Opferkosten
39 von mindestens 250 Millionen Euro führen“
40 (Spengler 2006: Zusammenfassung). Würde
41 dies stimmen, dann wäre schon aus volks-
42 wirtschaftlichen Gründen zu überprüfen, ob
43 die Diversion, also die frühzeitige Einstel-
44 lung von Strafverfolgungen, noch ein geeig-
45 netes Mittel der Strafverfolgung sein kann –
46 allerdings müssten dann auch andere Be-
47 rechnungen angestellt werden (s. o. FN 6).
48 Darüber hinaus zeigen die Ergebnisse an-
49 geblich „deutliche Evidenz für die Wirk-
50 samkeit von Abschreckung und damit für die
51 empirische Relevanz der ökonomischen
52 Theorie der Kriminalität“ (Spengler 2006: 4).
53 Allerdings heißt es an anderer Stelle des Do-
54 kumentes, dass von „der Strafhärte (Strafart
55 und -höhe) [...] mit einer Ausnahme keine
56 robusten Abschreckungseffekte“ ausgehen
57 (Spengler 2006: 44). In der Berichterstattung
58 der Medien wurde hieraus ein prägnantes
59 Fazit gezogen: „Milde führt zu mehr Krimi-
60 nalität“⁷. Doch dieses Ergebnis kann weder
61

1 dem Text von Spengler (2006) noch der Ver-
2 öffentlichung von Entorf und Spengler
3 (2008) entnommen werden. Im Gegenteil:
4 Die Ergebnisse zeigen vielmehr, dass von
5 der Strafe gar kein Einfluss ausgeht. Ledig-
6 lich von der Verurteilung des Angeklagten
7 (also unabhängig von Straftat und Maß) kön-
8 nen, so die eigene Interpretation der Auto-
9 ren, abschreckende Effekte angenommen
10 werden. Auch dieses Ergebnis bleibt jedoch
11 überraschend, da es immer noch in erheb-
12 lichem Widerspruch zu den bisherigen Be-
13 funden der Forschung steht. Folglich er-
14 scheint eine Auseinandersetzung mit der
15 Herkunft der Ergebnisse, genauer gesagt mit
16 der Methode der Beweisführung, sinnvoll
17 und notwendig zu sein.

18 ■ Grundlage und Strategie der 19 Untersuchung

20
21 Eine zentrale Innovation der Untersuchung
22 ist in der Verwendung akkumulierter Daten
23 zu sehen. Anstatt neue Daten zu erheben,
24 basiert die Analyse auf einer Zusammen-
25 führung und Auswertung bereits vorhande-
26 ner Daten der amtlichen Statistik. Dabei
27 wird sowohl auf Daten der PKS als auch auf
28 die Daten der Strafverfolgungsstatistik
29 (StVStat) zurückgegriffen, die zu einer „Re-
30 gionalisierten Kriminalitäts- und Strafverfol-
31 gungsdatenbank (RegKrimDA)“ zusammen-
32 gefasst werden.

33
34 – In der PKS werden „die der Polizei be-
35 kannt gewordenen und durch sie endbe-
36 arbeiteten Straftaten, einschließlich der
37 mit Strafe bedrohten Versuche und der
38 vom Zoll bearbeiteten Rauschgiftdelikte“
39 erfasst (BMI 2008: 2). Folglich ermöglicht
40 sie Rückschlüsse auf die Anzahl der von
41 der Polizei registrierten und bearbeiteten
42 Straftaten.

43 – In der StVStat werden alle „Abgeurteilten
44 nachgewiesen, gegen die rechtskräftig
45 Strafbefehle erlassen wurden bzw. Straf-
46 verfahren nach Eröffnung des Hauptver-
47 fahrens durch Urteil oder Einstellungs-
48 beschluss rechtskräftig abgeschlossen
49 worden sind“ (BMI und BMJ 2001: A9).
50 Die Daten der StVStat geben also Aus-
51 kunft über die Anzahl von Verurteilun-
52 gen.

53
54 – Eine vollständige und umfassende Beob-
55 achtung einer Straftat, von Beginn der po-
56 lizeilichen Ermittlung bis hin zur Verur-
57 teilung bzw. Einstellung eines Verfah-
58 rens, ermöglicht die Kombination der
59 beiden Statistiken zur RegKrimDA aller-
60 dings nicht⁸. Insbesondere die Möglich-
61 keit fallbezogener Untersuchungen ist

1 nicht gegeben. Es kann also nicht verfolgt
2 werden, wie ein bestimmter Fall, über
3 den in der PKS berichtet wurde, vor Ge-
4 richt letzten Endes entschieden wurde.
5 Auf akkumulierter Ebene kann aber bei-
6 spielsweise verfolgt werden, wie viele
7 Fälle von Mord in einem bestimmten Ge-
8 biet der Polizei bekannt geworden sind
9 und wie viele Fälle von Mord in diesem
10 Gebiet vor Gericht verhandelt wurden
11 und letztlich auch bestraft worden sind.

12 Der Zusammenführung beider Statistiken
13 liegt (vereinfacht ausgedrückt) der Gedanke
14 zugrunde, die Anzahl von Straftaten (PKS) in
15 einem Bundesland mit der Verurteilungs-
16 praxis in diesem Bundesland (StVStat) in Zu-
17 sammenhang zu setzen.
18

19 Um der Gefahr von Schein-Korrelationen
20 (also Scheinzusammenhängen nach dem
21 Motto: Wo es viele Störche gibt, werden vie-
22 le Kinder geboren. Also bringt der Storch die
23 Kinder) entgegenzuwirken, werden multi-
24 variat Analysen durchgeführt. Hierbei wer-
25 den weitere, möglicherweise erklärende Va-
26 riablen in die Analyse mit einbezogen und
27 kontrolliert. Neben der Aufklärungsquote
28 und Verurteilungspraxis werden auch die
29 Bedeutungen der Arbeitslosen- und Auslän-
30 derquote sowie des Bruttoinlandproduktes
31 pro Kopf in den Berechnungen berücksich-
32 tigt. Tatsächlich erweisen sich die Verurtei-
33 lungs- und Aufklärungsquote in den meis-
34 ten Berechnungen als verlässliche, erklä-
35 rende Variablen. Allerdings nicht aus-
36 schließlich, wie der Tenor mancher Presse-
37 mitteilungen hätte vermuten lassen. Auch
38 die Arbeitslosenquote und das Bruttoin-
39 landsprodukt sind in vielen Berechnungen
40 erklärende Variable und hätten dement-
41 sprechend auch berichtet werden sollen.
42 Darüber hinaus hat eine Untersuchung von
43 Rosenfeld und Fornango (2007) gezeigt,
44 dass neben den objektiven Daten wie Ar-
45 beitslosenquote, Gefangenenquote, Anzahl
46 von Polizisten o. ä. auch subjektive Faktoren
47 wie das Konsumklima oder das Verbrau-
48 chervertrauen von Bedeutung sein können.
49

50 ■ Probleme bei der Interpretation 51 von PKS-Daten

52 Darüber hinaus darf nicht vergessen wer-
53 den, dass bereits die Datengrundlage der
54 Studie problematisch ist. Zu Recht weist
55 Spengler (2006: 6 ff.) selbst auf die Proble-
56 me hin, die mit der Interpretation von PKS-
57 Daten verbunden sind. Grundsätzlich zei-
58 gen diese Zahlen nur das Hellfeld. Sie zei-
59 gen folglich nicht das reale Kriminalitäts-
60 aufkommen, sondern lediglich die Anzahl
61

1 von Straftaten, die der Polizei bekannt ge-
2 worden sind. Die Hellfeld-Dunkelfeld-Re-
3 lation, also das Verhältnis zwischen tat-
4 sächlich begangenen Straftaten und der Poli-
5 zei bekannt gewordenen Straftaten, ist nicht
6 bekannt. Als sicher gilt jedoch, dass dieses
7 Verhältnis nicht stabil ist. Es schwankt mit
8 dem sich verändernden Anzeigeverhalten
9 und ist nicht bei allen Delikten gleich. Für
10 Körperverletzung konnte im Jahr 1998 von
11 einem Verhältnis von eins zu drei, für leicht-
12 ten Diebstahl von eins zu acht ausgegangen
13 werden⁹. Das bedeutet: auf jede 1998 re-
14 gistrierte Körperverletzung kamen wahr-
15 scheinlich drei Körperverletzungen, die
16 nicht in der Statistik dokumentiert wurden.
17 Andere Schätzungen gehen bei bestimmten
18 Delikten von einem Verhältnis von bis zu
19 eins zu 20 aus.

20 Die Untersuchung des DIW kann also nur
21 Effekten nachgehen, die sich zwischen Ver-
22 urteilungspraxis und der polizeilich regis-
23 trierten Kriminalität abgespielt haben. Ef-
24 fekte zwischen dem tatsächlichen Krimina-
25 litätsaufkommen und der Verurteilungspra-
26 xis kann die Studie nicht konstatieren, da er-
27 steres keine Berücksichtigung in der Unter-
28 suchung gefunden hat. Die Bedeutung des
29 sich verändernden Anzeigeverhaltens wur-
30 de ebenfalls nicht in die Analysen mitein-
31 bezogen.

32 Da die Untersuchung Daten von 1977 bis
33 2001 berücksichtigt, ergibt sich ein weite-
34 res Problem auf das von Spengler (2006:
35 12 f.) ebenfalls hingewiesen wird: zwischen
36 1983 und 1984 wurde die Mehrfachzählung
37 von Tatverdächtigen in den meisten Bundes-
38 ländern aufgegeben. Das bedeutet, dass ein
39 Täter, der innerhalb eines Jahres mehrere
40 (strafrechtlich) gleiche Taten begangen hat,
41 bis 1983/1984 mehrfach in der PKS gezählt
42 wurde. Mit der Umstellung sind Schwierig-
43 keiten bei der Vergleichbarkeit der Daten
44 entstanden. Diesen Problemen begegnet die
45 Untersuchung mit Hilfe eines mathematisch
46 zulässigen Verfahrens. Eine Veränderung der
47 Datenstruktur kann jedoch nie als völlig un-
48 schädlich erachtet werden.

50 ■ Probleme bei der Kombination von 51 Daten der amtlichen Statistik

52 Daten der amtlichen Statistik sind in den sel-
53 tensten Fällen miteinander kombinierbar.
54 Unterschiedliche Zählweisen, andere Be-
55 zeichnungen und verschiedene Messzeit-
56 punkte erschweren die Zusammenführung
57 verschiedener Datensätze und die verlässli-
58 che Bildung von Quoten. Spengler (2006)
59 hat darauf verwiesen, dass im Fall der Kom-
60
61

1 bination von PKS und StVStat dies gleich in
2 mehrfacher Hinsicht zutrifft:

- 3
4 1. Die in der PKS erfassten Straftaten wer-
5 den von Polizeibeamten definiert, die im
6 Zweifel die schwerwiegendere Tat oder
7 Tatversion angeben. Zum Zeitpunkt der
8 Erfassung kann allerdings noch nicht fest-
9 stehen, um welche Tat es sich wirklich
10 handelt. Diese Aufgabe kommt schließ-
11 lich dem Gericht zu, das zu diesem Zeit-
12 punkt der Strafverfolgung noch nicht ak-
13 tiv ist. Folglich kommt es zu unzähligen
14 Umdefinitionen von Taten.¹⁰ Mit anderen
15 Worten: Was in der PKS als Mordversuch
16 erfasst ist, kann in der StVStat als Kör-
17 perverletzung ausgewiesen sein und die
18 Aufklärungsquote von Mord nach unten
19 und die von Körperverletzung nach oben
20 verzerren.
- 21 2. Verfahren, die von der Staatsanwaltschaft
22 direkt eingeleitet werden, tauchen zwar
23 in der StVStat auf, werden jedoch nicht
24 in der PKS geführt. Hiervon kann noch-
25 mals ein verzerrender Effekt auf die Quo-
26 tenbildungen angenommen werden.
- 27 3. Die Daten der PKS und der StVStat wer-
28 den zu unterschiedlichen Zeitpunkten
29 erhoben. In der PKS werden die Tatver-
30 dächtigen zwischen Abschluss des poli-
31 zeilichen Ermittlungsverfahrens und Ak-
32 tenübergabe an die Staatsanwaltschaft
33 erfasst. Eintragungen in die StVStat erfol-
34 gen erst im Anschluss an die rechtskräf-
35 tige Einstellung des Verfahrens bzw. im
36 Anschluss an die Erlassung eines Haftbe-
37 fehls. Spengler (2006: 10) verweist in die-
38 sem Zusammenhang auf Zahlen des Er-
39 sten Periodischen Sicherheitsberichtes
40 (BMI und BMJ 2001), nach denen zwi-
41 schen beiden Zeitpunkten durchschnitt-
42 lich siebeneinhalb Monate vergehen:
43 „Bundesministerium des Innern und
44 Bundesministerium der Justiz [BMI und
45 BMJ] (2001) ist zu entnehmen, dass das
46 staatsanwaltschaftliche Ermittlungsver-
47 fahren im Schnitt 3 bis 3,3 Monate (Be-
48 zugszeitraum 1990 bis 1998) und die
49 durchschnittliche Verfahrensdauer vor
50 den Amtsgerichten vier Monate (Bezugs-
51 jahr 1999) betrug. Demnach haben die
52 in einem Jahr (im Rahmen einer Haupt-
53 verhandlung) verurteilten Personen die
54 ihnen zur Last gelegten Straftaten nur mit
55 einer durchschnittlichen Wahrschein-
56 lichkeit von ca. 40 Prozent in eben die-
57 sem Jahr begangen.“ Diese zeitliche Dif-
58 ferenz lässt an der Aussagekraft der er-
59 mittelten Verurteilungsquote erheb-
60 lichen Zweifel aufkommen. Durch ein
61

1 ähnliches Vorgehen ermittelte die Polizei
2 in Jena 1994 die bereits erwähnte Auf-
3 klärungsquote bei Mord von 104,8 Pro-
4 zent.

5 6 ■ „Datenprobleme teilweise substan- 7 ziell“

8 Über die genannten Probleme des Daten-
9 satzes wird in der Untersuchung sehr offen
10 und selbstkritisch berichtet. Die Gesamtbe-
11 wertung der Datenqualität nimmt Spengler
12 (2006: 14) selbst wie folgt vor: „Zu-
13 sammenfassend ist festzustellen, dass die
14 diskutierten Datenprobleme teilweise sub-
15 stanziell sind.“ Dieser Einschätzung kann
16 nur zugestimmt werden. Die zentrale
17 Schwäche der Untersuchung ist nicht in der
18 Analysemethode, sondern in der Daten-
19 grundlage zu sehen, die lediglich ein ver-
20 zerrtes Abbild der Realität wiedergibt. Er-
21 gänzt um die zahlreichen Schätzverfahren,
22 die im Zuge der Analysen zur Anwendung
23 kommen mussten, kann mit dieser Untersu-
24 chung sicherlich kein sensationelles Ergeb-
25 nis bewiesen werden. Auch wenn die
26 Schätzverfahren allesamt mathematisch
27 korrekt sind, bleiben es eben doch Schätz-
28 verfahren.

29 30 ■ Schlussfolgerungen

31 Anzuerkennen bleibt die Offenheit und Kor-
32 rektheit, mit der über die bestehenden Da-
33 tenprobleme berichtet wird. Allerdings
34 muss man auch die grundsätzliche Strategie
35 der Untersuchung würdigen, mit akkumu-
36 lierten Daten, also bereits vorhandenen
37 Zahlen zu operieren. Keine Analyse kann
38 besser sein als die ihr zugrunde liegenden
39 Daten. Diese sind im vorliegenden Fall aus-
40 gesprochen schlecht. Wenn Ergebnisse ei-
41 ner wissenschaftlichen Studie in den Me-
42 dien teilweise verkürzt und falsch wieder-
43 gegeben werden, ist das sicher nicht den Au-
44 toren vorzuwerfen. Wenn es sich allerdings
45 um ein politisch sensibles Thema handelt,
46 das auf Basis mangelhafter Daten untersucht
47 wurde, sollten Ergebnisdarstellungen in der
48 Öffentlichkeit so detailliert und ausführlich
49 wie möglich erfolgen. Schließlich soll da-
50 rauf hingewiesen werden, dass statistische
51 Analysen und mathematische Beweise kei-
52 nesfalls unantastbar sind, sondern genauso
53 bezweifelt und hinterfragt werden sollten
54 wie jede andere Argumentation. Dörmann
55 (1998: 154) hat dies treffend auf den Punkt
56 gebracht: „Kriminalistische Zahlen spre-
57 chen nicht für sich selbst, sondern bedürfen
58 sachgerechter Interpretation.“

60
61

- 1 Literatur bei den Verfassern www.rub.de/kriminologie,
2 dominic.kudlacek@rub.de
3
4
- 1 Spengler, H., (2006). Eine panelökonometrische
5 Überprüfung der ökonomischen Theorie der Krimi-
6 nalität mit deutschen Bundesländerdaten. DIW: Dis-
7 cussion Paper 548. Verfügbar im Internet:
8 [http://www.diw.de/documents/publikationen/73/43](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/43972/dp548.pdf)
9 [972/dp548.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/43972/dp548.pdf) (8.6.2009). Darüber hinaus erschien
10 Entorf, H. und Spengler, H., (2008). Is being 'Soft on
11 Crime' the Solution to Rising Crime Rates? Evidence
12 from Germany. DIW: Discussion Paper No. 837. Ver-
13 fügbar im Internet: [http://diw.de/documents/ publi-](http://diw.de/documents/publikationen/73/90288/dp837.pdf)
14 [kationen/73/90288/dp837.pdf](http://diw.de/documents/publikationen/73/90288/dp837.pdf) (8.6.2009).
- 2 Einen Überblick über solche Fälschungen gibt Zankl
15 2003.
16
- 3 Ein damals veröffentlichter Sonderbericht des US-
17 Committee on Government Reform (USHR 2003),
18 der von dem Parlamentarier Henry Waxman beauf-
19 tragt wurde, listete Manipulationen, Unterdrückung
20 missliebiger Forschungsergebnisse und offene Fäl-
21 schungen auf. Im Fazit des Berichtes heißt es, dass
22 wissenschaftliche Untersuchungen von der Regie-
23 rung mehrfach unterdrückt und verhindert worden
24 sind oder Ergebnisse verzerrt und entstellt inter-
25 pretiert wurden, um politische oder ideologische Anlie-
26 gen zu rechtfertigen (United States House Of Repre-
27 sentatives 2003: 32).
- 4 16 beteiligte Wissenschaftler sollen mit gefälschten
28 Listen über Veröffentlichungen bei der DFG eine
29 Nachfolgefiananzierung für das Forschungsprojekt
30 beantragt haben. Für angeblich bereits bei Fachjour-
31 nalen eingereichte Publikationen lagen bisherigen
32 Erkenntnissen zufolge noch gar keine Manuskripte
33 vor. In dem Fall ermittelt, neben verschiedenen Kom-
34 missionen der Universität Göttingen und der DFG,
35 auch die Staatsanwaltschaft
- 5 Er ist abgeleitet aus dem Satz „Ich glaube nur der Sta-
36 tistik, die ich selbst gefälscht habe ...“, der wieder-
37 um häufig als Zitat von Sir Winston Churchill ange-
38 sehen wird, bisher allerdings ohne geschichtliche Be-
39 lege. Vielmehr Barke (2004) bei seinen Recherchen
40 auf Propaganda-Meldungen von Churchill und
41 Goebbels: Beide Seiten misstrauten den gegner-
42 ischen Meldungen über Opfer und Verluste der eigen-
43 en und gegnerischen Seite und unterstellten, dass
44 eigene Verluste und Opfer heruntergespielt, gegne-
45 rische jedoch übertrieben dargestellt wurden. Barke
46 konnte keine Quelle finden, die dieses Zitat eindeu-
47 tig belegt. Zudem ist unklar ob Churchill oder Goeb-
48 bels diesen Satz zuerst geprägt haben. Und mit Goeb-
49 bels als „Zeugen“ würde sich wesentlich schlechter
50 gegen Statistik generell argumentieren lassen.
- 6 Z. B. zu den wirtschaftlichen Kosten der Kriminalität
51 oder zur Kosten-Nutzen-Relation bei bestimmten
52 Strafformen. Vgl. hierzu Brand und Price (2000),
53 Washington State Institute for Public Policy (2007),
54 Caldwell et al. 2006 sowie van Soomeren und We-
55 ver (2005).
- 7 So der Titel eines FAZ-Artikels von Plickert vom
56 25. 3. 2009, der über die Studie berichtete.
- 8 Eine solche war in der DDR möglich; leider wurden
57 die vorhandenen Daten bis heute nicht systematisch
58 ausgewertet.
- 9 Dieses Ergebnis erbrachte eine Dunkelfeldbefragung
59 von Schwind et al. (2001) in Bochum, die sowohl
60 1975, 1986 und 1998 durchgeführt wurde.
- 10 Vgl. dazu auch Sessar 1981.
61